

Calmer Tagblatt

Nr. 92.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Verlag: Calmer Tagblatt, Calw. Druck: Die Calmer Tagblatt-Druckerei, Calw.

Freitag, 22. April 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00 Viertel jährlich. Postbezugspreis 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Amerika als Vermittler angerehen.

Ein deutsches Vermittlungsgesuch an Amerika.
Berlin, 21. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzusetzen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat.

Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte (1) bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu bezahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiernit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geist nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbegreiflicher Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabwendbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

(Üebers.) Fehrenbach. (Üebers.) Dr. Simons.

Berliner Pressestimmen über die Note.

Berlin, 22. April. Zu der von der Reichsregierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Note schreibt die „Sera mania“: Zu der Gewissenhaftigkeit und dem Verantwortlichkeitsgefühl der Männer, denen die dornenvollen Aufgaben der Regierung zugefallen sind, darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß sie alle Voraussetzungen und möglichen Folgen des Schrittes sorgsam abwägen haben, der zum zweiten Mal das deutsche Schicksal in die Hände des mächtigen Volkes jenseits des Ozeans legt. Man wird gut tun, darauf zu vertrauen, daß Recht und Gerechtigkeit noch nicht in der Welt ausgefallen sind.

Im „Berliner Tageblatt“ wird gesagt: Das Telegramm an den Präsidenten Harding ist der höchste Beweis des Vertrauens, den jemals eine Nation dem Oberhaupt einer anderen Nation dargebracht hat. Man hat in Deutschland aus den bisherigen Neben und Taten des Präsidenten Harding den Eindruck gewinnen können, daß er und seine Regierung die große Sache des Friedens und der Weltordnung an die Spitze ihrer Erwägungen stellen. Das Blatt hofft, daß die klugen und nüchtern urteilenden Männer im Weissen Hofe und im Senat zu Washington es verstehen werden, ihr großes moralisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, daß die Weltwirtschaft endlich zur Ruhe und Gesundung gelangt.

Wie der „Vorwärts“ betont, können die Gegner Deutschlands aus dem Schritt der deutschen Regierung den Verhandlungswillen Deutschlands erkennen. Auch die schärfste Kritik, der ja bei ihnen kein Vorschlag der deutschen Regierung entgegen kann, darf nicht zum Vorwand neuer Gewalttaten gegen das deutsche Volk genommen werden. Mögen wir in Deutschland auch über manches, was unsere eigene Regierung tut, verschiedener Meinung sein, ganz einer Meinung sind wir in Deutschland darüber, daß die barbarische, stumpfsinnige Sanktionspolitik in dem Verhalten Deutschlands völlig verwerflich ihre Rechtfertigung sucht.

Die Rechtspresse steht dem Schritt der Reichsregierung ablehnend gegenüber, da sie sich von ihm wenig Aussicht auf Erfolg verspricht.

Neue deutsche Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs.

Berlin, 22. April. Wie die Morgenblätter mitteilen, wird die deutsche Regierung heute an die Reparationskommission eine Note abgeben lassen, in der Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs gemacht werden.

Devorziehende Erklärung der Reichsregierung zu den deutschen Vorschlägen.

Berlin, 22. April. Den Morgenblättern zufolge wird voraussichtlich am Montag die Reichsregierung den Ausschüssen des Reichstags und des Reichsrats Mitteilung über die Stellungnahme der Regierung zu dem Reparationsproblem machen und

am Dienstag wird Dr. Simons wahrscheinlich Gelegenheit nehmen, im Reichstag die an die Reichsregierung gerichteten Interpellationen in der Entschädigungsfrage zu beantworten.

Amerikanische Vertretung bei der nächsten Entente-Konferenz.

London, 21. April. Einer Washingtoner Exchange-Meldung zufolge soll Amerika beabsichtigen, sich auf der Konferenz der Premierminister in Genua vertreten zu lassen, um über den Lauf der Verhandlungen unterrichtet zu sein.

Ansammlung von Güterzügen an der Rhein Zollgrenze.

Düsseldorf, 21. April. Die Ansammlung von Güterzügen infolge der Zollmaßnahmen hat auf den Zollbahnhöfen im Düsseldorf Bezirk bereits heute einen bedeutenden Umfang angenommen, sodaß die Düsseldorf Eisenbahnstelle die Abnahme weiterer Zollgüter verweigert. Der Personenverkehr wird weiterhin mit geringen Verzögerungen aufrecht erhalten.

Frankfurt a. M., 21. April. Wie die hiesigen Blätter zur Zollkontrolle melden, herrscht auf den Zollstationen ein wüstes Durcheinander. Die Beamten seien ohne genaue Dienstankunft. Infolge der Unkenntnis der Beamten und ihrer unzureichenden Zahl hätten sich die Güter. Es bestände die Gefahr einer vollständigen Verstopfung der Bahnen. In der Pfalz sei bereits der gesamte Güterverkehr ins Stocken geraten. Auf den Zollabfertigungsstellen Ludwigshafen, Speyer und Mannheim seien keine deutschen Beamten mehr tätig. Auch an anderen Zollstationen stellten die deutschen Beamten ihre Mitarbeit ein. Für die Strecke Mannheim-Ludwigshafen-Worms sei die Zustellung der Güter angeordnet. Der Personenverkehr wickelte sich bisher ohne Störung ab. In Griesheim wurde gestern das Postgut auf Waffen und verbotene Güter durchsucht. In Höchst wurde damit die Zollbehandlung vorgenommen.

Die Vorbereitung der Gewaltmaßnahmen.

Paris, 21. April. Die militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen sind unter dem Vorsitz des Marschalls Foch von neuem zusammengesessen und haben die Einzelheiten der militärischen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete fertiggestellt, die gegebenenfalls im Ruhrgebiet zu besetzen sind. Zwei Berichte über die militärische Organisation wurden behandelt: 1) die Abgrenzung der zu besetzenden Gebiete, 2) die zur Besetzung nötigen Mannschaften. Die drei anderen Berichte rein wirtschaftlicher und finanzieller Art behandeln: 1) Ausbeutung der Gruben, 2) die Finanzverwaltung, 3) die Verpflegung der Bewohner der Kohlengebiete. Die verschiedenen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, die Besetzung ertragreich zu gestalten, wurden vollständig behandelt. Ein umfassender Bericht über die Beratung wird Briand noch vor seiner Abreise nach England vorgelegt werden.

Die englischen Pläne bezüglich des Ruhrgebiets.

Paris, 21. April. Nach einer Havas-Meldung wird während der Begegnung in Lympe für den Fall, daß Deutschland bei seiner passiven Resistenz verharret, Lloyd George einen Plan vorlegen, der u. a. zu Gunsten des Reparationskontos die Erhebung eines Zollaufschlages von 50 bis 70 Francs für die Tonne Kohle, die aus dem Ruhrgebiet kommt, enthält. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, wird aber von französischen Ingenieuren überwacht werden, die auch die Verteilung übernehmen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 75 % der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Diese Maßnahme hat man einem vom Minister Loucheur befürworteten Vorgehen vorgezogen, das zwar einschneidender, aber auch viel schwieriger in seiner Durchführung gewesen sei. Loucheurs Entwurf sieht u. a. die Übernahme des Betriebs durch die Verbandsregierungen für alle Industrien im Ruhrgebiet, Beteiligung an den Industrien und Abgaben auf die Ausfuhr vor.

England billigt die französischen Gewaltabsichten.

London, 21. April. „Daily Chronicle“ schreibt zu der Besprechung in Lympe: Da die deutsche Regierung den Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles nicht nachgekommen ist, ist es nach Ansicht der englischen und der anderen alliierten Regierungen unbedingt erforderlich, die weiteren Schritte, die nötig sind, um die Durchführung des Vertrags zu erzwingen, zu erörtern und zu beschließen. Für das Kabinett sei es notwendig, festzustellen, welches die französischen Pläne seien, bevor es seiner Ansicht über irgend eine geplante Aktion Ausdruck gebe. Es bestände guter Grund zu der Erklärung, daß unter den Großmächten Einigkeit herrsche und daß ein gütliches Uebereinkommen zwischen England und Frankreich über die zu ergreifenden Maßnahmen erwartet werden könne, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Französische Lügen.

Paris, 21. April. Der „Petit Parisien“ erklärt, der Wirtschaftsplan, der von der französischen Regierung über eine etwaige Abnutzung des besetzten Gebiets aufgestellt wurde, entspreche einem Reparationsplan, der im vergangenen Winter von alliierten Sachverständigen ausgearbeitet worden sei und dem Deutschland seine grundsätzliche Zustimmung gegeben habe und zwar durch seinen Vertreter auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretär Bergmann. — Demgegenüber kann auf Anfrage mitgeteilt werden, daß die deutsche Regierung durch Staatssekretär Bergmann niemals irgend eine bestimmte Zustimmung zu einem Reparationsplan gegeben hat.

Die oberschlesische Frage.

Die Entente und die oberschlesische Frage.

Berlin, 21. April. Wie die „Voss. Zig.“ aus Breslau meldet, hat die interalliierte Plebiszitkommission gestern ihre Arbeiten über das Abstimmungsergebnis abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen dem Vorkomitee ihre Meinungen über das Ergebnis und ihre Vorschläge über seine Auswertung vorlegen.

Paris, 21. April. Der führende Ausschuh der radikalen Partei hat gestern eine Entscheidung angenommen, in der von der französischen Regierung verlangt wird, daß sie sich für die Zuteilung der industriellen Gebiete Oberschlesiens an die Polen mit aller Kraft einsetzen solle, die trotz des starken Drucks (1) sich für Polen ausgesprochen haben.

London, 22. April. Im Unterhaus erklärte gestern Lloyd George, die englische Regierung sei sich vollkommen der Wichtigkeit einer schnellen Regelung der schlesischen Grenzfrage bewußt und habe ihren Vertretern in der Kommission Anweisungen erteilt, eine Entscheidung so schnell wie möglich herbeizuführen. Ferner erklärte Lloyd George, es sei noch zu früh, um das Ergebnis der gegen Deutschland bereits in Anwendung befindlichen Zwangsmaßnahmen bekanntzugeben, da diese Zwangsmaßnahmen erst zu kurze Zeit in Kraft seien, um schon Ergebnisse gezeitigt zu haben.

Der polnische Terror in Oberschlesien.

Beuthen, 20. April. Als Protest gegen die tägliche Mißhandlung einer Lehrerin durch den polnischen Pöbel fehlte die Lehrerschaft in Krosberg bei Beuthen den Schulbetrieb für einen Tag aus. Das Lehrer-Kollegium der Volksschule 3 in Myslowitz veröffentlichte eine Erklärung, den Schuldienst nicht verrichten zu können, solange nicht in die Schule Tag und Nacht eine zuverlässige Wache gelegt werde. Die Veranlassung zu dieser Dienstleistung bildet die fündige Mißhandlung und Bedrohung der Lehrkräfte.

Zur auswärtigen Lage.

Dänisch-norwegische Auseinandersetzungen.

Christiania, 20. April. Hiesige Blätter brachten die Nachricht, daß im isländischen Parlament ein Gesetzentwurf eingebracht worden ist, der ausländischen Fischern verbiete, ihren Fang aus Island zu verkaufen und zu verarbeiten. Dazu bemerkt die „Handels- und Seefahrtszeitung“: Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist so radikal und verkehrt für die rechtmäßigen Interessen norwegischer Fischer, daß seine Annahme beinahe ein „casus belli“ ist. Island ist außenpolitisch ein Teil Dänemarks. Dänische Interessen stehen also norwegischen Interessen gegenüber. Wenn der unerfreuliche Weg der Repressalien eingeschlagen werden sollte, was hoffentlich vermieden werden kann, müssen wir gegen die gesamten handelspolitischen Interessen Dänemarks, nicht gegen die Islands für sich, austreten. — Hinter diesem Streit ist zweifellos England, das in Island großen Einfluß besitzt, und auf diese Weise am besten die Einigkeit der nordischen Staaten, die ihm schon lange ein Dorn im Auge ist, zu sprengen versucht.

Eine Rede des ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 20. April. In der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen, die neue Regierung habe die Aufgabe, der Nation eine feste politische Richtung zu geben. Die erste Pflicht der Regierung sei der Kampf gegen den revolutionären Geist. Eine christliche Politik könne sich jedoch nicht gegen Freiheit und Demokratie richten, da diese die einzigen Quellen des Fortschritts und kulturellen Aufstieges seien. Mit der Arbeiterschaft werde Fühlung genommen werden, um die Regelung der Fragen zu erreichen, deren Lösung auf die Arbeiter beruhigend wirken werde. Die Orientierung der auswärtigen Politik müsse auf Grund des Friedens von Trianon erfolgen. Trotzdem könne und würde Ungarn nicht vergessen, daß der Frieden unter unüberwindlichem Zwang zustande gekommen sei. Ungarn dürfe niemals die Brüder vergessen, die, unter Fremdherrschaft gelangt, mit der Nation dennoch eine kulturelle Einheit bilden, die kein Friedensschluß zerstückeln könne. In der Königsfrage stehe die Regierung auf dem Standpunkt, daß laut Gesetz die Ausübung der Königsgewalt ruhe,

Die Thronfrage könne nur gelöst werden, wenn das Land von jeder fremden Beeinflussung befreit sein werde. Jede Stellungnahme in dieser Frage, die die Harmonie der Nation töre, müsse mit allen Mitteln unterdrückt werden. Der Ministerpräsident schloß mit der Aufforderung an die Nation, alle Kräfte in gemeinsamer Aufbauarbeit zu vereinigen.

Polnischer Uebergriff an der litauischen Grenze.

Kowno, 21. April. (Lit. Tel.-Ag.) In dem Zeitraum zwischen 19. und 20. April überschritten polnische Abteilungen die Curzonlinie bei Swidwiska und Rodischki. In diesem Dorf kam es zu heftigen Zusammenstößen, wonach die Polen sich zurückzogen. Später haben die polnischen Erkundigungsabteilungen Giodrowice angegriffen. Eine Abteilung drang in Schirwinty ein und verließ den Ort, nachdem sie die Einwohner gründlich ausgeplündert hatte.

Griechische Verstärkungen für Kleinasien.

Athen, 21. April. Nach einer Meldung der Agence d'Athènes haben der Kreuzer „Averow“ und griechische Torpedoboote mehrere Kompanien Infanterie im Golf von Smid gelandet. Die Gerüchte, wonach die griechischen Truppen Türken niedergemetzelt hätten, sind vollkommen unwahr.

Japanische Politik im Osten.

London, 21. April. „Daily Express“ meldet aus Tokio, es werde berichtet, der Plan über die Räumung Sibiriens unter der Bedingung, daß Wladivostok internationaler Freihafen werde, werde in japanischen Heereskreisen erörtert. Dieser Schritt würde eine Gegenwehr gegen die Ausdehnung des Bolschewismus bilden.

Paris, 21. April. Nach einer Meldung des „Chicago Tribune“ aus Tokio hat das japanische Kabinett dahin entschieden, daß kein Grund vorhanden sei, die japanische Politik in der Frage der Insel Jap wegen der amerikanischen Note zu ändern.

Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 20. April. Der Reichstag trat heute Nachmittag um 3 Uhr nach der Osterpause wieder zusammen. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Präsident der Abstimmung in Oberdeutschland und betonte, daß das deutsche Volk Gerechtigkeit von der Entente verlange. Zu einer kommunistischen Interpellation über die auswärtige Lage wurde regierungsgemäß erklärt, daß die Beantwortung innerhalb der gesetzlichen Frist, möglicherweise aber sehr bald erfolgen werde. Das Haus beschäftigte sich dann mit dem Gesetzentwurf über die Festsetzung einiger Grenzabschnitte im Saargebiet und überwies ihn, nachdem von verschiedenen Seiten unsere Zwangslage beklagt und gegen das wirtschaftlich ruhlose Treiben der Franzosen protestiert worden war, einem Ausschuß. Auch der kommunistische Antrag, den wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Abgeordneten Wendelin Thomas aus der Haft zu entlassen, wurde einem Ausschuß überwiesen. Bei der Beratung des unabhängigen Antrags auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen und Sondergerichte bestritt Justizminister Heinze die Annahme, daß die Ausnahmeverordnungen einem Rachegefühl gegen die Arbeiter entsprungen seien. Auch ein Verfassungsbruch liege nicht vor und er bitte deshalb, von allen Abänderungen des Gesetzes Abstand zu nehmen. Um 6 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt.

Berlin, 21. April. Der Reichstag genehmigte in seiner heutigen Sitzung zunächst eine Reihe von Ausschußberichten wegen Einstellung schwebender Verfahren gegen die kommunistischen Abgg. Thomas und Hölllein, den Abg. Heim (W.P.), Simon-Schwaben (Soz.), Moldenhauer (D.P.) und Dr. Doermann (W.P.) und setzte dann die Beratung des unabhängigen Antrags auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen und Sondergerichte fort. Dabei wurde von deutscher Seite der Regierung vorgeworfen, daß sie beim letzten Kommunistenaufruf nicht rasch genug eingegriffen habe. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß die Sondergerichte bestehen bleiben, aber die Ausnahmebestimmungen mit Spateln umgeben werden müßten, damit sie nicht zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter würden, die Eckel vor den schweren Verbrechen der Kommunisten empfänden. Justizminister Heinze erklärte sich bereit, zu dem sozialdemokratischen Antrag im Ausschuß Stellung zu nehmen und betonte gegenüber den Vorwürfen, daß die Rappisten noch nicht zur Verantwortung gezogen seien, daß die meisten amnestiert, die Führer der Berliner Zentralkomitee des Rapp-Ausschusses zu bestrafen, aber trotz aller Bemühungen bisher noch nicht zu fassen gewesen seien. Die Redner der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten traten für Weibehaltung der Ausnahmebestimmungen ein, wolle jedoch im Ausschuß an einer Verbesserung mitarbeiten. Um 1/7 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen Mittag 2 Uhr vertagt.

Stegerwald wiedergewählt.

Berlin, 21. April. (Landtag.) Präsident Leinert leitete als Ergebnis der heute wiederholten Ministerpräsidentenwahl mit: Es sind 371 Stimmen abgegeben worden, davon sind 22 unbeschrieben. Von den 349 gültigen Stimmen haben erhalten: Stegerwald (Zentr.) 227, der Abg. Braun (Soz.) 100, der Abg. Ludwig (U.S.) 21, der Abg. Busch (Zentrum) eine. Stegerwald ist also zum Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Schiffer lehnt ab.

Berlin, 21. April. Laut Mitteilung aus demokratischen Kreisen hat Minister Schiffer es abgelehnt, das Ministerium des Innern zu übernehmen.

Berlin, 21. April. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist aufstelle des Reichsministers a. D. Schiffer Oberbürgermeister Dominicus in das preussische Ministerium eingetreten.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 21. April. Das neu begründete Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, bringt einen Artikel des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, in dem er die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung, daß das ganze Spiel der letzten Wochen

darauf angelegt gewesen sei, die Sozialdemokratie aus dem preussischen Ministerium hinauszubringen, als eine gewalttätige Umbiegung der Wahrheit oder als absichtliche Verkennung seiner grundsätzlichen Einstellung in dieser Frage scharf zurückweist. Unter Hinweis auf die gewaltige Krise, die dem Reiche — möge die Reparationsfrage durch Sanktionen oder anderweitig erledigt werden — bevorsteht, stellt der Ministerpräsident fest, daß das Ziel seines ganzen Bemühens gewesen sei, die möglichst baldige Aufstellung eines gegenseitig abgestimmten Programms der beiden Staatsstützen im Reiche und in Preußen herbeizuführen, für das eine starke parlamentarische Mehrheit geschaffen werden sollte. Die notwendige Stetigkeit der deutschen Außen- und Innenpolitik sei auf eine andere Weise nicht zu erreichen.

Opposition der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag.

Berlin, 22. April. Blättermeldungen aus Dresden zufolge haben im sächsischen Landtag die bürgerlichen Parteien bei Beratung des das Finanzministerium betreffenden Kapitels des Nachtragssetats mitgeteilt, daß sie die Gehälter den Ministern verweigern werden. Die Abstimmung über das Etatkapitel wird in der nächsten Sitzung am Dienstag erfolgen und es ist zweifelhaft, ob die sozialistischen Parteien, die nur über eine Stimme Mehrheit verfügen, das formelle Mißtrauensvotum der bürgerlichen Parteien werden verhindern können.

Absetzung kommunistischer Ortsvorsteher.

Berlin, 22. April. Wie die Blätter aus Halle melden, sind auf Anordnung des Oberpräsidenten Höfeling sämtliche kommunistischen Ortsvorsteher im Aufbruchgebiet ihres Amtes entsetzt worden mit der Begründung, daß Ortsvorsteher nicht einer Partei angehören dürfen, die auf Anweisung einer ausländischen Macht offen den Umsturz des Staates predigt. — Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Odessee hat der dortige Ortsverein der V.K.P.D. beschlossen, den Verein aufzulösen und geschlossen zur sozialdemokratischen Partei überzutreten.

Auch ein kommunistischer Erfolg.

Berlin, 21. April. Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, hat die Aufstandsbeziehung in Mitteldeutschland der kommunistischen Partei in der dortigen Gegend schweren Schaden getan. Eine ihrer Hauptzeitungen, die „Mansfeldische Volkszeitung“, hat ihr Erscheinen eingestellt. Auch der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle ist seit drei Wochen nicht mehr erschienen.

Bermischtes.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im März.

Im März 1921 wurden im Ruhrbecken 7535 690 Tonnen Kohlen (in 25 Arbeitstagen) gegenüber 8174 606 Tonnen (in 21 Arbeitstagen) im Februar 1921 und 9181 430 Tonnen (in 24 Arbeitstagen) im März 1920 gefördert. Die Gesamtbelegungsleistung betrug Ende März 538 188 gegen 539 094 im Februar. Die arbeitstäglich Förderung ist von 340 609 Tonnen im Februar auf 301 424 Tonnen im März zurückgegangen. Dieser Rückgang von 39 185 Tonnen arbeitstäglich ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß mit dem 14. März infolge der Kündigung des Uebersehichten-Abkommens durch die Arbeitnehmer keine Uebersehichten mehr verfahren worden sind, denn ab 15. März war die Förderung um etwa 45 000—60 000 Tonnen arbeitstäglich niedriger als in der ersten Monatshälfte. Auch hängt diese Minderförderung mit dem Kommunistenaufstand in den Ostertagen zusammen, da auf vielen Zechen, besonders den linksrheinischen, wegen Bedrohung der Kommunisten die Arbeit nicht aufgenommen werden konnte. Durch verstärkten Abtransport von den Lagerbeständen hat man jedoch versucht, den Förderungsanstieg auszugleichen. In der Betriebslage des Eisenbahnverkehrs ist trotz des anhaltenden äußerst niedrigen Rheinwasserstandes eine wesentliche Besserung zu verzeichnen, die in erster Linie auf die verminderte Kohlenförderung zurückzuführen ist. Gestellt wurden im März 1921 arbeitstäglich 22 079 Wagen bei einer Fehlziffer von 974 Wagen (im Februar 22 431 Wagen bei einer Fehlziffer von 3358 Wagen). Der Wasserstand hat infolge der ungünstigen Betriebsverhältnisse auf dem Rhein weiterhin abgenommen. Die Halbenbestände sind von 973 000 Tonnen Ende Februar auf 877 926 Tonnen Ende März zurückgegangen.

Der Besuch der deutschen Universitäten.

Der seit Kriegsende ansteigende Besuch der deutschen Universitäten ist nach der „Zf. St.“ jetzt zum Stillstand gekommen. Der Zugang, der sich bei Kriegsausbruch auf 61 000 belief und vor einem Jahr auf 88 000 gestiegen war, ist jetzt auf 83 448 zurückgegangen, demnach aber immer noch wesentlich höher als zu Friedenszeiten. Wenn auch der außerordentlich starke Universitätsbesuch zu einem Drittel noch auf die Stauungen des Kriegs zurückgeht, so ist die Studentenzahl, namentlich angesichts der Verkleinerung des Reichsgebiets und des Wegfalls der Anstellungsmöglichkeiten nicht nur innerhalb des öffentlichen Dienstes, sondern auch im freien Berufsleben so groß, daß fast überall hoffnungslose Ueberfüllung droht. Die Verteilung der Studentenschaft auf die einzelnen Berufe zeigt gegenüber dem Stande vor dem Kriege eine rapide absolute Steigerung der Zahnärzte und der Volkswirte, eine erhebliche Zunahme auch der Juristen, und andererseits einen Rückgang bei den Theologen beider Konfessionen und bei den Pharmazeuten, während — trotz ihrer absoluten Zunahme — die Mediziner und die Lehramtsanwärter verhältnismäßig zurückgegangen sind. In diesen Veränderungen kommen insbesondere die Abwanderungen der Kriegsteilnehmer in auswärtsreicher scheinende Berufe oder in Berufe mit kürzerer Ausbildungszeit und geringeren Ausbildungslosten und die Berufswahl der jüngsten Semester zum Ausdruck. Es wird sich zeigen, daß die massenhafte Abströmung zu einzelnen Studien zur unmittelbaren Ueberfüllung dieser Berufe — wie Zahnheilkunde, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft — führt. Die Besuchsziffern der einzelnen Studienfächer veranschaulichen den neuesten Stand, die Änderungen und die massenhaften Zugänge zu einzelnen Berufen deutlicher. Es studieren zurzeit: Medizin 16 682 gegen 20 788 im Winter 1919/20

und 16 048 vor dem Krieg. Rechtswissenschaft 15 295 gegen 16 508 und 9842, Philosophie, Philologie und Geschichte 15 764 gegen 18 603 und 14 456, Staatswissenschaften und Landwirtschaft 14 919 gegen 10 670 und 8376, Mathematik und Naturwissenschaften 9621 gegen 10 587 und 8132, Zahnheilkunde 5138 gegen 3672 und 976, evangelische Theologie 3143 gegen 3633 und 4374, katholische Theologie 1968 gegen 2050 und 2058, Pharmazie 1011 gegen 1073 und 1099, Tierheilkunde 484 gegen 544 und 203 und Fortwissenschaften 423 gegen 296 und 211. Im Besuch der einzelnen Universitäten zeigt sich eine steigende Massierung der Studentenschaft in den Großstädten. Berlin übertrug weit mit 12 532 Besuchern, dann folgt in größerem Abstand München mit 8305. Es reihen sich an: Leipzig 5793, Bonn 4974, Frankfurt 4141, Breslau 3864, Münster 3862, Köln 3687, Hamburg 3592, Würzburg 3544, Halle 3433, Göttingen 3420, Freiburg 3301, Tübingen 2782, Heidelberg 2767, Marburg 2625, Jena 2585, Gießen 2108, Kiel 1823, Erlangen 1636, Greifswald 1529 und Rostock 1145.

Das Papiergelbwerden.

Kürzlich wurde im Schalterraum eines Postamts in badiſchen Oberland ein Mann beobachtet, der 100 000 M. in Papier den Schalterbeamten zur Ueberweisung auf eine Bank mit dem Bemerkten übergab, man könne doch nicht wissen, was einen passiere, wenn man so viel Geld zu Hause liegen habe. Dem Mann, dem die Erkenntnis zwar etwas spät, aber doch immerhin noch rechtzeitig gekommen ist, scheint das Brandunglück von Kunthausen etwas eingeleitet zu haben. Darum, heraus mit dem Papiergeld, das, im Stumpf verpackt, doch keinen Pfennig Zinsen bringt, sondern nur den Gefahren des Diebstahls und Brandes ausgesetzt ist.

Aus der Blockade-Statistik.

Im 2. Heft der „Medizinisch-statistischen Nachrichten“, die im Auftrag des Ministers für Volkswohlfahrt vom Preuss. Stat. Landesamt herausgegeben werden und Muster deutscher Gründlichkeit genannt werden können, fanden wir einen Abschnitt „Alterschwäche“, dem wir folgendes entnehmen: Wie aus Tabellen ersichtlich ist, haben die Todesfälle infolge Altersschwäche (Personen über 60 Jahre alt) in den Kriegsjahren 1914—18 bei beiden Geschlechtern in Stadt und Land anwachs und in bedeutender Steigerung zugenommen. Die nächsten Zahlen schildern die Wirkung der feindlichen Hungerblockade einbruchsreicher, als es durch Worte geschehen könnte. Keine Altersklasse, die Säuglinge ausgenommen, ist durch einen Wechsel und Mangel in der Ernährung so gefährdet, wie die im höheren Lebensalter stehenden Personen. Einem solchen ungewohnten Wechsel in der Menge und in der Beschaffenheit der Lebensmittel waren die älteren Leute schon im Jahre 1915 infolge der Blockade unterworfen; seine Wirkung zeigt sich bei ihnen in der, wenn auch noch nicht übermäßigen Zunahme der Todesfälle dieses Jahres. Viel gefährlicher für ältere Leute war aber der Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln, insbesondere an Fett der von ihnen nicht mehr in der Weise getragen werden konnte, wie es bei jüngeren und kräftigen Menschen bis zu einem gewissen Grade noch möglich ist. Dieser Ausfall machte sich den Verhältnissen entsprechend in der schärferen Art in den Jahren 1916 und 1917 bemerkbar; die Folge der feindlichen Abschneidung war — der Ausbruch ist nicht zu leugnen — ein mehr oder weniger langsames Verhungern älterer Leute, oder sie erlagen gelegentlich Erkrankungen selbst leichtester Art, da ihr durch den Hunger ausgezehelter Körper keine Widerstandskraft mehr besaß. Die Todesziffern der Jahre 1916 und 1917 für Altersschwäche sind ebenso wie die der Tuberkulose ein Kennzeichen barbarischer Kriegsführung. Für die Abnahme der Zahl der Todesfälle im Jahre 1918 liegen wohl verschiedene Ursachen vor. Zunächst waren die alten Leute bereits in erheblicher Zahl weggestorben, dann sind von ihnen sehr viele der Infuenza und Lungenerkrankung des Jahres 1918 zum Opfer gefallen. Vielleicht hat auch der Umstand, daß im Jahre 1918 die Ernährungsverhältnisse zeitweise und in manchen Gegenden besser wurden, dazu beigetragen, die Sterblichkeit der Kreise zu verringern. Wie aus den dann folgenden Tabellen ersichtlich, starben in Preußen 1913—18 65 442, 71 788, 76 489, 82 291, 99 517, 92 965 Personen. Der Prozentsatz von 10 000 Lebenden der Gesamtbevölkerung stieg von 15,17 im Jahre 1913 auf 21,91 im Jahre 1918.

Verhaftung eines Raubmörders.

Berlin, 21. April. Wie die „B. Z.“ am Mittag“ erzählt, ist der Urheber des Anschlags auf einen Geldtransport der Zeche Emfinger Lippe, auf einer Chaussee bei Bochum, bei dem mehrere Begleiter erschossen und über 2 Millionen Mark erbeutet wurden, jetzt in der Person des ehemaligen Geschäftreisenden Wilhelm Müller in Liegnitz verhaftet worden. Es wurden noch 127 000 Mark vorgefunden, die Müller vergraben hatte.

Pest in Alexandrien.

Paris, 22. April. In Alexandrien ist die Pest ausgebrochen. Es werden täglich 35 neue Fälle gemeldet. Alle ausfahrenden Schiffe sind einer Quarantäne unterworfen.

Aus Stadt und Land.

Ca l w, den 22. April 1921.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Stadtschulmeister Herbolzheimer berichtete über die an der Bismarckstraße zu erledigenden Arbeiten. Bekanntlich hat die in Stuttgart vorgenommene Untersuchung einer Wasserprobe ergeben, daß die Quelle im Bismarckpark Oberwasser enthält. Nach den vom Stadtbauamt nun angestellten Vorarbeiten ist der Zustand der Bismarckquelle sehr verbesserungsbedürftig. Die ganze Quellfassung habe keine Sohle, weshalb die Gefahr vorhanden ist, daß Wasser von außen hereinspült. Es sei möglich, daß das Abwasser der Umgebung hereinkomme. Die vorhan-

dene Schlammansammlung beim letzten Hochwasser selber nicht undichte Umfassung nach dem vorgeesehenen Verfahren, in denen sich die Sohlen unterfangen, innen Wasserlamme insoweit einer wasserdichten Sohle einer wasserdichten Sohle eine erfolgt aus einer mit der Ueberreichleitung stehenden Kammern weil Wasserabzug wegen der gemacht werden kann schickig vorgegeben, den Grundstücke freien Aus in Zukunft möglich, die ten abzurufen und durch neuen Kammern und über dem Wasserpiegel leitungen samt der Gas an Stelle des Leitern in mit Motorbetrieb aufgezogen am Quellschacht kanalisiert und oberirdisch jegliches Rücklaufwasser wassererichtig mit Rückstauten Umbau des Schichtform erhöht auf Höhe; diese Veränderung Terrasse, welche dem gegeben wird. Der Vorhitz Sonamts für das öffent Folge der sehr ungünstigen Jahre mit Schwierigkeit sei, namentlich da, wo günstig sein. Die Körper treffen, daß die technische Zusammenhang mit dieser die schon längst projektiert mit einem 18 P. Fall einer Beschädigung Wasserversorgung gänzlich Motor wird einen Kosten dem. Nach Erörterung Projekte zur Verbesserung Hinblick auf die aus der ernste Beforgnis bezüglich des Trinkwassers in beigetreten, daß die Art der Bismarckquelle so rasch und daß Angebote Motor alsbald eingeholt Schluß für in der landw Klasse eingerichte werden Maßnahme 11 285 M. gearbeiten vorgenommen werden. Bei der Bismarckquelle ist die Zufuhr von Wasser im Umfang von 475 cbm nehmen verlangt. Da die der ganz wesentlich gesteigerten Ausschlag von etwa den Akkord nicht zu geneh wegen des Kraftverkehrsart einem Bericht des Obera einer medizinischen Visita der Oberrealschule sind die der meisten Schulzimmer rüchtigung der heutigen Lehrerrat der Anstalt sprac 1912 betrug die Schülerzahl Vorlesung sprach sein De nicht zur Verfügung gestellt abgestellt werden. — Auf

 **Lebe**
Der gekaufte
fallen
500 Gramm Einmachzucker

Grasve
von Wegböschung u. v.
1821 nachmittags 1/2 6 U
Calw, den 21. April

Papierholz
zu kauf

zu den äußersten Tagespreisen
Papierholz zirka 5—
10 cm Sopf, in Fichte und
auch weiß geschält, hauptsächlich
höher in Stangen von
Wln von 0,80 Mtr. aufwärts
Misch

Schluss der Anze

15 295 gegen 18 500
 15 764 gegen
 14 919
 3672 und 976
 14, katholische
 11 gegen 1073
 und Fortwittenschaft
 gelinen Universitäten
 schaft in den Groß-
 herten, dann folgt in
 en sich an: Leipzig
 3864, Münster 3802,
 alle 3433, Göttingen
 berg 2767, Marburg
 angen 1636, Orestis
 en.
 nts in badische
 in Papier dem
 mit dem Vermerken
 nem passiere, vom
 Mann, dem die Er-
 noch rechtzeitig ge-
 schauhen etwas ein-
 priergeld, das, im
 bringt, sondern nur
 eht ist.
 ik.
 srichtungen", die im
 vom Preuß. Stat.
 deutscher Gründ-
 r einen Abschnitt
 hmen: Wie aus
 e infolge Alters-
 den Kriegsjahren
 und Land abzun-
 mmen. Die nisch-
 indlichen Hunger-
 gesehen konnte,
 en, ist durch einen
 gefährdet, wie die
 . Einem solchen
 der Beschaffenheit
 schon im Jahre
 Wirkung zeigt sich
 mäßigen Zunahme
 für ältere Leute
 ungsmitteln, ins-
 in der Weise er-
 nd kräftigen Men-
 ist. Dieser Zus-
 in der schärfsten
 ; die Folge der
 ist nicht zu schär-
 ren älterer Leute,
 lbt leichtester Art,
 rper keine Wider-
 r Jahre 1916 und
 e der Tuberkulose
 Für die Abnahme
 gen wohl verichte-
 ten Leute bereits
 d von ihnen sehr
 des Jahres 1918
 Umstand, daß ihm
 weise und in man-
 gen, die Sterblich-
 dann folgenden
 -18 05 442, 71 783,
 er Prozentsatz von
 eg von 15,17 im

neue Schlammansammlung dürfte doch nur von dem Kläfsand
 beim letzten Hochwasser herrühren. Der Quellschacht, welcher
 bisher nur undichte Umfassungswände und keine Sohle besitzt,
 soll nach dem vorgezeichneten Projekt verschiedene Zwischenzungen
 erhalten, in denen sich der Sand absetzt. Die Umfassungswände
 sollen unterfangen, innen und außen abgedichtet und die ganze
 Wasserlamme insoweit als kein Felsengrund vorhanden, mit
 einer wasserdichten Sohle versehen werden. Die Wasserent-
 nahme erfolgt aus einem besonderen Bassin, welches zugleich
 mit der Uebereichleitung versehen ist. Zur Reinigung der ver-
 schiedenen Kammern werden Grundablässe eingebaut und da der
 Wasserabzug wegen des hohen Grundwasserpiegels nicht direkt
 gemacht werden kann, ist hierzu ein besonderer Reinigungs-
 schacht vorgesehen, der ausgepumpt werden kann, sodas die
 Grundablässe freien Ausfluß bekommen. Auf diese Weise ist es
 in Zukunft möglich, die Quellschachtstammern mittelst Hydran-
 ten abzuspülen und durchzuspülen. Für die Kontrolle der ein-
 zelnen Kammern und der Quellschächte werden Holzstege
 über dem Wasserpiegel eingebaut. Die früheren Entnahmehö-
 lungen samt der Gasmotor-Pumpanlage sollen entfernt und
 an Stelle des Lehteren im Elektrizitätswerk eine Reservepumpe
 mit Motorbetrieb aufgestellt werden. Außer diesen Verbesserun-
 gen am Quellschacht muß die nächste Umgebung des Hofes
 sanifiziert und oberirdisch wasserdicht hergestellt werden. Gegen
 jegliches Rückstauwasser ist in der Uebereichleitung ein Hoch-
 wasserverschluß mit Rückschlagventil vorgesehen. Durch den ge-
 planten Umbau des Schächtegemäuers wird auch die vorliegende
 Plattform erhöht auf die bisherige Maschinenhausfußboden-
 höhe; diese Veränderung gestattet die Anlage einer kleinen
 Terrasse, welche dem ganzen Winkel ein angenehmes Neuzeres
 geben wird. Der Vorsitzende verwies auch auf einen Erlaß des
 Bauamts für das öffentliche Wasserversorgungswesen, daß in-
 folge der sehr ungünstigen Niederschlagsverhältnisse in diesem
 Jahre mit Schwierigkeiten in der Wasserversorgung zu rechnen
 sei, namentlich da, wo ohnedies die Wasserhältnisse nicht
 günstig seien. Die Körperschaften möchten daher alle Vorjorge
 treffen, daß die technischen Einrichtungen gut funktionieren. Im
 Zusammenhang mit diesem Erlaß schlägt das Stadtbauamt vor,
 die schon längst projektierte Reservepumpe im Elektrizitäts-
 werk mit einem 18 P.S.-Motor anzuschaffen, damit für den
 Fall einer Beschädigung des jetzigen Pumpapparats nicht die
 Wasserversorgung gänzlich gefährdet werde. Die 2. Pumpe samt
 Motor wird einen Kostenaufwand von etwa 40 000 M. erfor-
 dern. Nach Erörterung verschiedener schon früher behandelter
 Projekte zur Verbesserung der hiesigen Wasserversorgung und im
 Hinblick auf die aus der Mitte des Kollegiums ausgesprochene
 ernste Besorgnis bezüglich des derzeitigen hygienischen Zustan-
 des des Trinkwassers wurde der Auffassung des Vorsitzenden
 beigegeben, daß die Arbeiten zur Abstellung der Mängel in
 der Wasserversorgung so rasch wie möglich gefördert werden sollen,
 und daß Angebote für eine zweite Pumpe samt
 Motor alsbald eingeholt werden sollen. — Da im nächsten
 Schuljahr in der landwirtschaftlichen Winterschule eine zweite
 Klasse eingerichtet werden muß, wurden für die entsprechende
 Mischleistung 11 285 M. genehmigt. Außerdem müssen kleinere Bau-
 arbeiten vorgenommen werden. — Bei der Vergebung des Fuhr-
 stoffes für die Zufuhr von Steinen zur Bewalzung der Straßen
 im Umfang von 475 cbm wurden 18 140 M. von den Fuhrunter-
 nehmen verlangt. Da die Forderungen gegenüber dem Vorjahr wie-
 der ganz wesentlich gesteigert worden sind, — es handelt sich um
 einen Aufschlag von etwa 4000 M. — beantragte der Vorsitzende,
 den Auftrag nicht zu genehmigen. Bei Inanspruchnahme von Straß-
 wagen des Realverkehrsamts würden die Kosten nur 13 700 M. be-
 tragen. Der Auftrag soll nochmals ausgeschrieben werden. — Nach
 einem Bericht des Oberamtsarztes Dr. V. e h über das Ergebnis
 einer medizinischen Visitation im hiesigen Realgymnasium und
 der Oberschule sind die sanitischen und hygienischen Verhältnisse
 der meisten Schulzimmer vollständig ungenügend, selbst unter Ver-
 rüchtigung der heutigen wirtschaftlichen Lage der Stadt. Auch der
 Lehrerrat der Anstalt sprach sich in diesem Sinne aus. Im Jahre
 1912 betrug die Schülerzahl 174, heute beläuft sie sich auf 305. Der
 Vorsitzende sprach sein Bedauern aus, daß andere Räume zur Zeit
 nicht zur Verfügung gestellt werden können; gewisse Mängel sollen
 abgestellt werden. — Auf 22. Februar 1922 läuft der mit den Ehe-

teuten Ring abgeschlossene Pachtvertrag bezüglich der Bewirtschaftung
 des Calwer Hofes ab. Der seitiger Pächter ist bereit, den Hof
 wiederum auf 9 Jahre zu pachten und zwar um den Preis von
 3000 M. (bisher 1000 M.), wenn ihm das Gut ungeschmälert belassen
 wird. Wenn das Areal zwischen Handelschulspielplatz und Bad-
 hütte im Umfang von ca. 6 Morgen, wie geplant, zu Pachtstücken
 (je 2 Morgen) verwendet würde, würde er nur 2000 M. bieten.
 Der Hof umfaßt 35 Morgen. Die Stadtpflege schlägt vor, die
 obengenannten 6 Morgen als Kleingrundstücke zu verpachten, wenn
 sich eine genügend große Anzahl von Liebhabern meldet, den Hof
 im Ganzen aber wieder weiter zu verpachten, weil durch eine Zer-
 schlagung das Areal heruntergewirtschaftet würde. G. R. M a i e r
 widersprach dieser letzteren Auffassung, die durch die Verpachtung der
 Grundstücke auf dem Windhof widerlegt werde. Das Angebot des
 seitigeren Pächters wurde als zu niedrig erachtet, weshalb der Pacht
 ausgeschrieben werden soll und zwar vorerst für das gesamte Areal.
Der Abbau der Kreisregierungen.
 Der Abbau der Kreisregierungen ist, wie das Stuttgarter „Neue
 Tagblatt“ schreibt, nachdem auch die Rechte ihren Widerstand auf-
 gegeben hat, gesichert. Er ist bereits im Gang. So ist die Stelle
 des Leiters der Kreisregierung in Ellwangen nach dem Weggang von
 Präsident von Friebe unbesetzt geblieben. Dasselbe dürfte auch
 mit dem Schwarzwaldkreis der Fa, sein, wo, wie der „Staats-
 anzeiger“ bekannt gibt, der verdiente Präsident v. Hofmann sei-
 nem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt worden ist.
Konzert der Stadtkapelle.
 Die Calwer Stadtkapelle veranstaltet morgen Abend im
 „Badischen Hof“ ein Konzert. Musikdirektor Frank hat sich die
 größte Mühe gegeben, die durch den Krieg in völlige Auflösung ge-
 ratene Kapelle wieder neuzubilden, sodas er jetzt in der Lage ist,
 gediegene Leistungen zu bieten. Das Programm zeigt eine ge-
 schmackvolle Zusammenstellung ernster und heiterer Musik, und wird
 sowohl in bezug auf Inhalt wie Ausführung gleich ansprechen. Es
 wäre zu wünschen, daß die Bestrebungen des Herrn Frank und die
 Arbeit der Kapelle durch die Bevölkerung die gebührende Unter-
 stützung finden. Die nachfolgende Tanzunterhaltung ist eine
 völlig getrennte Veranstaltung, die also mit dem Besuch des Kon-
 zerts nichts zu tun hat.
Heubergerholungsfürsorge.
 Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Vor kurzer Zeit war in
 der württ. Presse zu lesen, daß nur diejenigen Leute, die über
 größere Geldmittel verfügen, ihre Kinder zur Erholung auf den
 Heuberg schicken könnten, weil die Kosten des Ferienaufenthalts für
 jedes Kind 330 M. betragen. Diese Auffassung ist irrig. Gemäß
 Beschluß des Finanzausschusses des Landtags werden von den den
 Entsendestellen auf dem Heuberg entstehenden Kosten (10 M. pro
 Kind und Tag) zunächst ohne weiteres 20 Prozent übernommen.
 Ferner trägt der Staat bis zur Höchstgrenze von 3 M. pro Kind
 und Tag denselben Zuschuß, den die Gemeinden oder gemeinnützige
 Vereine zu der Kinderausendung gewähren. Wenn also 3 M. von
 einem solchen Verein aufgebracht werden, so hätte die Familie nur
 noch einen Betrag von 2 M. pro Tag = 58 M. dazu die Reise-
 kosten aufzubringen. Anmeldungen sind in Stuttgart an die Stadt-
 arztstelle, Weimarstraße 30, zu richten.
 Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Zahl der zur
 Erholung auf dem Heuberg beim Landesjugendamt bis jetzt
 angemeldeten württembergischen Kinder bereits 5200 beträgt.
 Der erste Kinderzug auf den Heuberg erfolgt am 22. April. Ihm
 werden alle vier Wochen neue Transporte folgen.
Landtag.
 (S. 2.) Stuttgart, 21. April. Im Beginn der heutigen Sitzung
 wurden die Abstimmungen über die Anträge zum Staatshaushalts-
 plan für 1921 vorgenommen. Der Antrag des Finanzausschusses betz.
 die Schulfrage am Krieg und die Propaganda über die Kriegsver-
 brechen der Kriegführenden wurde angenommen gegen U.S.P. und
 B.K.P., die Anträge der U.S.P. und B.K.P. über Beschlagnahme
 des „Kommunisten“ und Mißbilligung der Maßnahmen der Regierung
 gegen die Antragsteller abgelehnt. Das Pensionsergänzungsgesetz für
 Körperchaftsbeamte fand nach dem Bericht des Abg. Volz (Ztr.)
 einstimmige Annahme. Ueber das Gebäudebrandversicherungsgesetz
 berichtete sehr eingehend Abg. Scheff (D. d. P.). Im Anschluß
 daran kam es zu einer längeren Debatte, in der verschiedene Anträge
 der Parteien begründet wurden. Schließlich wurde der Antrag He-

mann (Soz.), den Stätten zu den Kosten der Feuerwehren Mittel
 aus der Gebäudebrandversicherungsanstalt zu gewähren, in nament-
 licher Abstimmung mit 23 Ja gegen 26 Nein und 11 Stimmenthal-
 tungen abgelehnt. Dagegen fand eine Entschließung Scheff mit 41
 Ja gegen 1 Nein und 17 Enthaltungen Annahme, bei dem späteren
 neuen Gebäudebrandversicherungsgesetz eine gerechtere Verteilung der
 Versicherungslasten vorzunehmen. Angenommen wurde auch eine
 Entschließung Müller (B.V.) auf Berücksichtigung der Gebäude,
 die vor Kriegsausbruch zerstört wurden, und eine der Unabhängigen,
 daß die Versicherungsnehmer bei Schädigungen und Entstellungen der
 Entschädigung in Brandfällen gehört werden. Das ganze Geset-
 wurde in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen. — Schluß
 der Sitzung: gegen 1/8 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr mit
 der Tagesordnung: Polizeisperrgesetz.
 (S. 2.) Stuttgart, 21. April. Der Landtag wird morgen Freitag
 das Polizeisperrgesetz erledigen und sich hierauf bis nach Pfing-
 sten verlagern. Unterdessen wird in der ersten Maiwoche der Finanz-
 ausschuss in die Beratung des Etats für 1921 eintreten.
 (S. 2.) Freudenstadt, 20. April. Im Gemeinderat schlug Stadt-
 schulrat Dr. Blacher vor, den Bürgerneuen aus den Stadt-
 waldungen auch heuer bestehen zu lassen. Aus der Mitte des Ge-
 meinderats wurde beantragt, den Bürgerneuen auf die Dauer von
 5 Jahren mit 25 M. festzusetzen. Der Antrag wurde einstimmig an-
 genommen.
 (S. 2.) Stuttgart, 20. April. Wie das Städt. Nachrichtenamt
 mitteilt, waren dem am 18. und 19. April auf dem Cannstatter
 Basen abgehaltenen Pferdemarkt rund 2000 Pferde zugeführt,
 also ungefähr dieselbe Zahl wie dem letzten, im Jahr 1919 abge-
 haltenen Markt. Verkauft wurden etwa 600 Pferde gegenüber 1000
 im Jahr 1919. Die Preise bewegten sich zwischen 5000 und 42 000
 Mark für ein Pferd. Der Umsatz betrug rund 12 Millionen gegen-
 über 3 1/2 Millionen im Jahr 1919. Der Gesundheitszustand der zu-
 geführten Tiere war gut. Für die Lotterien wurden heuer von der
 Pferdemarkt-Lotterikommission Pferde als Gewinne nicht aufgelaufen.
 — Dem Hundemarkt, der in Verbindung mit dem Pferdemarkt
 gleichfalls auf dem Cannstatter Basen abgehalten wurde, waren
 rund 800 Hunde aller Rassen zugeführt.
 (S. 2.) Ulm, 21. April. Gestern nachmittag waren Arbeiter
 der Reparaturwerkstätte an einer unter Dampf befindlichen
 Lokomotive beschäftigt, die defekt war. Durch ausströmenden
 Dampf wurden drei Personen so schwer verletzt, daß sie im
 Laufe der Nacht gestorben sind. Es sind dies der verheiratete
 Arbeiter Schnell, wohnhaft in Neu-Ulm, der verheiratete Ar-
 beiter Keim, wohnhaft in Langenau und der ledige Arbeiter
 Kraus, wohnhaft in Ulm.
Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.
 Ein im Nordwesten neu auftauchender Luftwirbel wirkt zu-
 nächst günstig. Am Samstag und Sonntag ist trockenes und
 milderes Wetter zu erwarten.
Kirchliche Nachrichten.
Evangelische Gottesdienste.
 Sonntag Cantate, 24. April.
 Vom Turm: 549. Predigtlied: 362 Die ihr den Heiland.
 9 1/2 Uhr: Predigt, Stadtpfarrverweser Schwend. 1 Uhr: Chri-
 stenlehre, jüngerer Jahrgang der Töchter. 8 Uhr abends:
 Abendandacht in der Kirche, Stadtpfarrverweser Schwend.
 Donnerstag, 28. April. 8 Uhr abends: Bibelfunde im Ver-
 einshaus, Dekan Zeller.
Kath. Gottesdienst.
 Sonntag, 24. April. 8 Uhr Frühmesse. 10 1/2 Uhr Predigt
 und Amt. 2 Uhr Andacht. Dienstag, 8 Uhr, Gottesdienst in
 Liebenzell. Beichtgelegenheit: Samstags von 4 Uhr nachmit-
 tags an, Sonntag früh von 7 Uhr an.
Gottesdienste der Methodistengemeinde.
 Sonntag, den 24. April 1921. Vorm. 10 1/2 Uhr Predigt
 Raichle. 11 Uhr Sonntagsschule. Abends 8 Uhr Predigt, G.
 Barth. Mittwoch, 8 Uhr Bibelfunde, Raichle. Stammheim:
 Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Nachm. 2 Uhr Predigt, Raichle.
 Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelfunde.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Soltmann, Calw,
 Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
 Der Zucker für April-Mai kann gekauft werden, auf eine Marke entfallen 650 Gramm Monats- und 500 Gramm Einmachzucker.

Grasverpachtung
 von Wegböschung ufw. am Montag, den 25. April 1921 nachmittags 1/2 6 Uhr.
 Calw, den 21. April 1921. Stadtpflege: Frey.

Papierholz u. Grubenhölzer zu kaufen gesucht.
 zu den äußersten Tagespreisen. Papierholz circa 5-600 Nm, 1 und 2 Mtr. lang, 10 cm Topf, in Richte und Lanne, zum Teil gerupelt und auch weiß geschält, hauptsächlich langes, sowie Grubenhölzer in Stangen von 6 Mtr. aufwärts und in Stemmeln von 0,80 Mtr. aufwärts.
 Michael Lörcher, Schmied.
Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

Calw, den 21. April 1921.
Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und dem Hinscheiden meines lieben Gatten
 † **Chr. Jäger**
 Malermeister
 spreche ich meinen innigsten Dank aus.
 Kath. Jäger.

Paul Räuchle, Calw
Arbeitshofen
 aus guten Hofenzugzeugen hergestellt
 Knabengröße Mk. 49.-, 68.-,
 Burfchengröße Mk. 70.-, 78.-, 88.-,
 Männergröße Mk. 78., 82., 87., 93., 95.
 Hofenzuge, 130 cm, erprobte Qualitäten Mk. 50.-, 59.-,
 Englisch Leder, 65 cm breit Mk. 24.-, 28.-, 32.-, 35.-.

Calw, den 21. April 1921.
Statt besonderer Anzeige!

 Nach kurzer Krankheit durfte heute unser lieber Vater
Friedrich Kleinbusch
 Stadttierarzt a. D.
 in die ewige Heimat eingehen.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Friedrich Kleinbusch, Hauptlehrer in Besenfeld,
 mit Frau Julie, geb. Mayer,
Paul Widmaier, Steuerinspektor in Calw,
 mit Frau Sofie, geb. Kleinbusch.
 Beerdigung: Samstag, 23. April, nachmittags 2 Uhr.

Samstag, den 23. April 1921

Konzert

der Stadt-Kapelle
im „Badischen Hof“.

Anfang abds. 8 Uhr. Eintritt inkl. Steuer 2,50 Mk.

Nach Schluß
des Konzerts: **Tanz.**

Kein Weinzwang.

Zu verkaufen:

Wohn- u. Geschäftshaus in Karlsruhe,
in sehr guter Lage, mit großem Geschäftsraum, für alle Zwecke geeignet, 14 Zimmer, 3 Küchen, Laden, 2 Zimmer und Küche sofort frei! Preis 80.000 Mk.

Wohn- u. Geschäftshaus in Karlsruhe,
in guter Lage der Weißstadt, 3. Et. Wirtschaft, für jedes Geschäft, auch für Büro sehr gut geeignet, Parterre bis 1. St. voll best. Preis 140.000 Mk.

Wagenanwesen mit Dreschereibetrieb.
gerichtet, stationäre Lokomotive mit 25-30 P.S., in schönem Ort mit Bahnhafion, ca. 1 Stunde Bahnfahrt von Karlsruhe entfernt. Sehr rentables Anwesen. Preis 290.000 Mk.

Wohn- und Geschäftshäuser
aller Art durch
Gebr. Gänswein, Kommandit-Gesellschaft,
Filiale Karlsruhe, Kaiserallee 65.

Nervenschwäche, nervöse Störungen jeder Art.
Ausführliche ärztliche Broschüre kostenfrei.
Dr. Gebhard & Co., Berlin 35, Potsdamer Str. 104.

Fahrnis-Versteigerung.
Wegen Platzmangel verkaufe ich im Austra am Montag, den 25. April, nachmittags von 1 1/2 Uhr, in der Bahnhofstraße 549, gegenüber dem Gasthof „Adler“, gegen Barzahlung:

1 vollständiges schönes Bett mit Korbhaarmatratze, 1 Bettlade mit Kopf, Matratze und Keil, 1 Bettlade mit abgenähtem Strohsack, 1 runder, 1 ovaler und 1 anderer Tisch, 1 Küchenschrank, Stühle, Wäsche- und Kleiderständer, Spiegel und Bilder, Leinwand, 1 runde Badewanne, Juber, 1 eiserner Blumenstisch, 1 Aquarium, Flaschen, sowie sonstiger Hausrat.
Liehaber sind eingeladen.
Stadtinventar-Kolb.

Handelsgehülfe sucht per sofort
besser möbliertes Zimmer.
Angebote unter F. Sch. 90 an die Gesch. des Bl. erb

W-Verstärktes Blut hat?
Stauungsverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung, Binstandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz trinke Dr. Büllebs echten Frangulace. Zu haben bei: Huthsleiner & Kistowsky Ritter-Dr. 10.

Ein Kastenwagen
leichter
eventl. auch
Leiterwagen
zu kaufen gesucht. Gest.
Angebote mit Preis erbet. an
Louis Weg,
Unterelchenbach.

Zu verkaufen:
Ein
3 PS Motor
Stromstrom 220 Volt
Oskar Schlanderer,
Calw.

Leere
Risten
kauft
Ch. Schatterer.

Ein gut erhaltenes
Fahrrad
ohne Bereifung
zu kaufen gesucht.
Ebenfalls ist ein
Auffahrpult,
eine neue, selbstgegr.
Hose
und eine
Sporthose
zu verkaufen
Hr. Frau, Liebenzellstr. 124

Einem anderthalbspännig
neuen oder wenig gebrauchten
Leiterwagen
mit starken Achsen
sucht zu kaufen.
Missionshaus-
Liebenzell.

2 Bludhennen
mit Jungen
verkauft
Freih. Kusterer,
Unterelchenbach.

„Som Polar bis zu den Tropen-
Hört die Sinner-Qualität man loben“



Sinner
Backpulver • Puddingspulver • Speisewürze

Para-Likör Sinner A-G
Karlsruhe-Grünwinkel

Paul Rächle, Calw

88 cm br. ungebleicht Baumwolltuch
für verschiedene Zwecke # 10.50

80 cm gebleicht Baumwolltuch
für Leib- und Bettwäsche, sehr preiswert # 10.—

80 cm gebleicht Stuhltuch
sehr kräftige, starke Ware, ohne Appretur, für alle Zwecke geeignet. # 12.—

Reichsbund
der Kriegsverwundeten u.
Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen
Preisgruppe Calw.
Am Samstag, 23. April
Abende 7 1/2 Uhr bei Kame-
rad-Weiß früh, Dreiß Neben-
zimmer)
Monatsversammlung.
Wegen der Wichtigkeit ist
dringendes Erscheinen jedes
Mitglieds erwünscht.
Der Vorsitzende: G. Bayer.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung,
roh und jede
Woche frisch
gebrannt
empfiehlt bestens
C. Serva
Ferienpost-Str. 120.

Hauskauf.
An der Bahnlinie Pforz-
heim-Nagold in d. e
kleineres Anwesen
mit etwas Garten u. Lager-
platz, eventuell mit Laden zu
kaufen od. vorerst zu mieten.
Suchender ist Geschäftsmann
und möchte das Anwesen in
Bälde übernehmen.
Gest. Angeb. m. Zahlungs-
bedingungen unt. F. Sch. 91
an die Gesch. des Bl. erbeten.

**Wohn-
Haus**
in Calw
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unter
E. L. 90 an die Gesch. des Bl.

Käselab
in allen Mengen
Ritter-Dragerie Calw.

Mädchengesuch!
Nestiges
Bauernmädchen
zur Fütterung von Geflügel
und Schweinen und zur Bei-
hilfe in der Küche, sowie ein
Mädchen
zur Beihilfe des Gärtners
für sofort gesucht.
Sanatorium
Bad Teinach.

Mädchen
für einige Stunden täglich
gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Blattes.
Ein
**Zimmer-
Mädchen**
das gut nähen und bügeln
kann, wird auf 1. Mai oder
später gesucht.
Frau Emil Schuler,
Pforzheim, Luisenstr. 54.

Ein
Gummipelerine
verkauft. Wer sagt die Ge-
schäftsstelle des Blattes.
Eine polierte
Bettlade
m. Kopf hat billig z. verkaufen
Anzufragen v. 5 Uhr abends ab.
Wer, sagt die Geschäftsst.
dieses Blattes.

Ein
Halbhunde
fest dem Verkauf aus.
Gottlieb Reck,
Hengstettergäßle.

Bücklinge
Pfund Mk. 3.00,
Leberwurst
2-Pfd.-Dose Mk. 4.50,
Gulasch
fein im Geschmack
2-Pfd.-Dose Mk. 10.50,
sowie Vorrat, empfiehlt
Spar- u. Consumverein.

Schulranzen
empfiehlt
Otto Weißer, Sattler,
Kronengasse.

la Wagenfett
(Kappen- u. Kronenfett)
Stranlederfett
empfiehlt
H. Hauber.
Alle Hausfrauen
kaufen Triumph-Möbel-Büch
Wunder schön
Stets staubfreie, prachtvolle
Möbel.
Georg Pfeiffer, Calw;
Fr. Lamparter, Calw;
K. Otto Vincon, Calw.

Suche
zum sofortigen Eintritt einen
**Rammacher-
Lehrjungen.**
Th. Gassenmeier,
Kammfabrik Hirsau.
Neuer schwarzer
Sommerhut
garniert billig zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts-
stelle des Blattes.

2 junge
Halbhunde
fest dem Verkauf aus.
Gottlieb Reck,
Hengstettergäßle.

feuerio
Doppelfettseife
80% Fett
daher größte Ausgiebigkeit,
das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
Zu haben in alle einschlägigen Geschäften

Freie Zimmerer-Zunftung Calw.
Am Sonntag, den 24. April nachmittags 8 Uhr
findet in der Restauration Weiß hier die
Jahresversammlung
mit folgender Tagesordnung statt.
1. Kassenbericht,
2. Jahresbeitrag zum Zimmermeisterverband
3. Besprechung über Ausfüllung eines Fragebogens,
4. Ergänzungswahl der nach § 29 ausscheidenden Be-
standsmittelglieder,
5. Wahl eines Vorsitzenden (Obermeister),
Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Der Obermeister.

Tanz-Unterhaltung.
Sonntag, den 24. ds., nachmittags
findet im
Gasthof zum „Fas“
in Bad Teinach
Tanz-Unterhaltung
(Musik-Kapelle Frank, Calw)
statt, wozu freundlich einladet
Carl Wagner.

Musik- Verein **Bad**
Liebenzell.
Am Sonntag, den 24. ds. Mts., findet im
Gasthaus zum „Waldhorn“ in Liebenzell
**Große Tanz-
Unterhaltung**
statt, wozu jedermann freundlich
eingeladen wird.
Der Vorstand: Josef Burghard.

Paul Rächle, Calw
Sonderangebot!
Einfachbreit Sitz
für Bettüberzüge,
guter haltbarer Stoff
schöne Muster
Mk. 15.50

**Zur Ausführung elektrischer
Licht- und Kraftanlagen,
sowie Klingel-Anlagen,
Reparat. an Motoren usw.**
empfiehlt sich
Adolf Braun, Calw,
Installations-Geschäft, Biergasse 128

Sachgemässe und sorgfältig ausgeführte
**Klavier- und Harmonium-
Stimmungen, Reparaturen**
Fachmännische Beratung bei An- und Verkauf
von Instrumenten. Vermittlung derselben.
Oskar Klöpfer, Klaviertechniker, Leonberg
früher langjähriger Techniker der Firma Schiedmayr.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Die Antwort
Das Bitt
Die deutsche Regierung
Bege gehen, von dem
lich die angebotenen, n
vermitteln könnte. Vor
Welt den guten Will
gungseinstellung bis an d
famlich schreien die
Entente seit London
land wolle seinen „ein
kommen, und deshalb
Gewaltmaßnahmen, da
sich aber nur unter der
pflichten müssen, die
Leistungsfähigkeit aus
jedoch auf die deutsche
nommen, und so muß
Forderungen der Allie
den. Es war voraus
als Zeichen eines böse
der Entente Staatsmänn
die angebotenen Zwan
durch den Schand-Ver
Die deutsche Regierung
schleichen Gelegenhe
Weise erklärt, daß
Freiheitsbedingungen
Leistungsfähigkeit Deu
auch nach der Wlehung
noch weitergehende Be
vorgelagt werden solle
die wir der Entente
unsern guten Willen
deutsche Regierung no
rührung Amerikas als
danke, Amerika um
durchaus praktisch, in
gehungs ist jedoch Ber
häftig mit dem Vertre
rikanischen Staatsmänn
als daß wir uns in
ihrem Nachspruch hä
Bittgesuch ausgesproch
vorbehaltliche Unter
das sich ohnehin nur
zum Größenwahn gel
seinen Verlaß haben, u
deren Verhalten uns
erheben darf, als das
das Anrufen als Sch
mühte man sich doch
würden, sich von dem
nen Bundesgenossen
ken zu lassen, und daß
ten auch niemals e
würde. So ist denn
dieser Richtung wie
hin geben die weiter
wort doch der Hoffnu
von neuen Vorschläge
wodurch Deutschland
seinen guten Willen
hängt allerdings nich
über guten Willen de
derum werden sich ni
londerer nach ganz a
sichtigung wir keinen

Die Antwort
Das Bitt
Die deutsche Regierung
Bege gehen, von dem
lich die angebotenen, n
vermitteln könnte. Vor
Welt den guten Will
gungseinstellung bis an d
famlich schreien die
Entente seit London
land wolle seinen „ein
kommen, und deshalb
Gewaltmaßnahmen, da
sich aber nur unter der
pflichten müssen, die
Leistungsfähigkeit aus
jedoch auf die deutsche
nommen, und so muß
Forderungen der Allie
den. Es war voraus
als Zeichen eines böse
der Entente Staatsmänn
die angebotenen Zwan
durch den Schand-Ver
Die deutsche Regierung
schleichen Gelegenhe
Weise erklärt, daß
Freiheitsbedingungen
Leistungsfähigkeit Deu
auch nach der Wlehung
noch weitergehende Be
vorgelagt werden solle
die wir der Entente
unsern guten Willen
deutsche Regierung no
rührung Amerikas als
danke, Amerika um
durchaus praktisch, in
gehungs ist jedoch Ber
häftig mit dem Vertre
rikanischen Staatsmänn
als daß wir uns in
ihrem Nachspruch hä
Bittgesuch ausgesproch
vorbehaltliche Unter
das sich ohnehin nur
zum Größenwahn gel
seinen Verlaß haben, u
deren Verhalten uns
erheben darf, als das
das Anrufen als Sch
mühte man sich doch
würden, sich von dem
nen Bundesgenossen
ken zu lassen, und daß
ten auch niemals e
würde. So ist denn
dieser Richtung wie
hin geben die weiter
wort doch der Hoffnu
von neuen Vorschläge
wodurch Deutschland
seinen guten Willen
hängt allerdings nich
über guten Willen de
derum werden sich ni
londerer nach ganz a
sichtigung wir keinen